

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeordnet. Redaktionen: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Dienstag

8. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Docuents-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Keine Truppen nach Schanghai?

Das Ringen im britischen Kabinett.

Innerhalb der englischen Regierung halten sich zurzeit die imperialistischen und die demokratischen Kräfte die Waage. Am Freitag und am Montag beriet das Kabinett, ohne zu endgültigen Entschlüssen zu kommen. Es handelte sich beidemal um die Frage, ob die Truppentransporte von Schanghai abgeschickt werden sollen. Die letzten Mitteilungen sprechen davon, daß das Kabinett „zur Befriedung seiner friedlichen Absichten“ höchstwahrscheinlich der Ablehnung der Truppentransporte von Schanghai zustimmen wird. Die tatkräftige Protestbewegung der Labourpartei gegen die gewaltsame Auseinandersetzung mit Kanton hat also ihren Eindruck auf die Regierung nicht verfehlt. Zugleich hat sich das Kabinett sagen müssen, daß es mit dem Versuch, Schanghai mit Waffengewalt zu verteidigen, den Radikalismus in der Kantonbewegung nur stärken und den Verlust der englischen Konzessionen in China nur um so sicherer herbeiführen würde.

Inzwischen hat die amerikanische Regierung dem militärischen Befehlshaber der Nordarmee in Schanghai und der Kantonregierung den Vorschlag gemacht, Schanghai zu „neutralisieren“. Das hieße nichts anderes, als der nationalen Bewegung zuzumuten, sie sollte auf eine Eroberung von Schanghai verzichten. Der naive anmutende Vorschlag hat natürlich keine Gegenstücke gefunden. In Peking selbst hat das diplomatische Korps gegen die Entlassung des englischen Zollinspektors protestiert; aber auch die chinesische Zentralregierung kümmert sich immer weniger um die Mächte. Im Gegenteil ist sie bemüht, sich in ihrem diplomatischen Kampfe gegen die Mächte von der Kantonregierung nicht überlassen zu lassen. Es ist sogar möglich, daß sie demnächst von ihren Rechten als Völkerbundsmittglied Gebrauch macht. Jedenfalls ist der chinesische

Gesandte in Rom, der China im Völkerbunde und auch im Völkerbundsrate vertritt, dem China seit dem Herbst angehört, in Genf eingetroffen, offensichtlich, um das diplomatische Terrain dort zu sondieren. Eine Aktion im Völkerbundsrat hängt nur davon ab, ob die chinesische Zentralregierung sich davon eine Verbesserung ihrer diplomatischen Position verspricht oder nicht. Jedenfalls kann jeden Tag eine überraschende neue Wendung in dem Ringen um China durch eine Initiative im Völkerbunde eintreten.

Kanton warnt vor der Truppenlandung.

London, 8. Februar. Reuter meldet aus Hankow: Heute haben zum erstenmal seit der Vertagung der Verhandlungen zwischen O'Malley und Tschang neue Besprechungen stattgefunden. Seitens der nationalen Behörden wurde erklärt, daß man fast ein Uebereinkommen erreicht habe, daß jedoch die Nationalpartei, bevor sie ein solches Abkommen unterzeichnen könnte, erwarten müßte, die Absichten Großbritanniens in Schanghai zu kennen. Die Nationalpartei fürchtet, dort gleichzeitig auf den Widerstand des nordchinesischen Generals Sunjshuanfangs, und den der britischen Truppen zu stoßen. Seitens der Nationalpartei wurde betont, daß ihre Regierung die Verpflichtung übernommen habe, die Fremdenniederlassung in Schanghai nicht anzugreifen. Die gegenwärtigen ausländischen Streitkräfte dort seien ausreichend, um Unruhen zu begegnen. Die Nationalpartei brachte den Wunsch zum Ausdruck, die britischen Streitkräfte sollten in Hongkong oder sogar in Singapur gelandet werden, um nicht eine gefährliche Reaktion in Kanton auszulösen.

Zentrum und Kapp.

Nützliche Erinnerungen zum Fall Reudell.

Die deutschnationalen Blätter finden es ganz in der Ordnung, daß ihr Minister von Reudell als preußischer Landrat im Kapp-Putsch den Generalfreikampf bekämpft hat. Auf das kurze Gedächtnis ihrer Mitmenschen spekulierend, versuchen sie jetzt diesen Generalfreikampf als eine verdammenswerte Tat hinzustellen, während sie für die Handlungen Reudells, der sich so eifrig in den Dienst der Putschisten gestellt hatte, volles Verständnis und volle Sympathie zeigen. Auf diese Art hoffen sie das Zentrum für das Verhalten Reudells im Kapp-Putsch milder zu stimmen. Deshalb ist es wohl angebracht an die Worte zu erinnern, die in den Tagen des Kapp-Putsches von berufener Zentrumsseite gegenüber den Putschisten auf der einen und gegenüber den streifenden Arbeitern und Beamten auf der anderen Seite gebraucht worden sind.

Es war in der Sitzung der Nationalversammlung am 18. März 1920 in Stuttgart. Da sprach als Redner des Zentrums der Abgeordnete und Reichsgerichtsrat Burlage:

„Im Lager der Aufrührer war versammelt etekhaftes Falschheit und hinterlistiger Bruch des Ehrenworts, Verführung der Soldaten zum Treubruch...“

Was ist angebracht gegenüber diesen Aufrührern? Gibt es da überhaupt noch Raum für das, was wir Milde nennen? Ich will diese Frage klar beantworten. Wir können Milde wollen lassen gegenüber den Mannschaften, denn sie sind verführt worden und wir dürfen nicht vergessen, daß ihnen nach der klaren Bild fehlte, den die Führer hatten, und daß sie unter der militärischen Befehlsgewalt standen. Das sind Milderungsgründe, die dürfen wir würdigen. Aber dieser Milde muß an die Seite treten eine strenge gegen die Verführer, insbesondere gegen die Rädelführer; denn wir müssen es aussprechen: das Volk, das in starker Einmütigkeit diesen Aufruhr niedergeworfen hat, hat auch das Recht, Strenge gegen diese Leute zu fordern.“

Bekanntlich ist diese Hoffnung der verfassungstreuen Bevölkerung, der der Redner des Zentrums in der Nationalversammlung so beredten Ausdruck gab, schmählich enttäuscht worden. Heute bezieht sogar der Haupttäufel, der General von Lüttich, Pension von der Republik und die Zentrumsfraktion scheint sich mit diesem Standal gar zu leicht abgefunden zu haben.

Nun hören wir weiter, wie der Abgeordnete Burlage sich weiter über die Kapp-Rebellen äußerte. Der Zufall, daß er zusammen mit einigen anderen Abgeordneten in dem gleichen Zuge von Berlin nach Dresden gefahren war, wie der vermittelnde General Märker, hatte in einigen süddeutschen Blättern die Auffassung aufkommen lassen, daß diese Abgeordnete eine „Zivildeputation“ der Regierung Kapp-Lüttich als Unterhändler mit der Regierung Ebert-Bauer bildeten. Diesem Gerücht trat Burlage mit folgenden Worten entgegen:

„Wir sollten eine Deputation gebildet haben, ausgelandt von Kapp-Lüttich! Meine Damen und Herren, ich habe freilich schon einige Male in meinem Beruf (als Richter, D. Red.) mit Verbrechern zu tun gehabt, aber doch nur in der Weise, daß ich sie mit meinen Kollegen zusammen ins Zuchthaus schickte oder zu noch schwererer Strafe verurteilte; eine andere Gemeinschaft möchte ich mit dieser Sorte Menschen nicht haben.“ (Bravo.)

Und nun das Urteil Burlages über den von Reudell so wacker bekämpften Generalfreikampf:

„Ich bemerkte vorher, daß ich Großes auf dieser Reise (von Berlin nach Dresden und Stuttgart, D. Red.) wahrnahm. Wir haben gesehen, wie der Generalfreikampf, diese furchtbare Waffe, gehandhabt wurde. Wir haben oft Aufenthalt unterwegs nehmen müssen und haben die Eisenbahner beobachten können, wie sie den Generalfreikampf lenkten. Und ich muß gestehen: Sie haben ihre Pflichten — so darf man sich ausdrücken — erfüllt, sie haben den Generalfreikampf gehandhabt mit selbstbewusster Kraft, aber gepaart mit fähiger Befonnenheit und weiser Einsicht. (Bravo!) Mit solchen deutschen Männern, meine Damen und Herren, können wir zusammengehen. (Bravo!).“

Ich habe auch sonst Großes gesehen. Ich habe in verschiedenen Städten, wo der Zug hielt, deutsche Verfassungstreue des schlichten Mannes gesehen. Man kam zu uns und berichtete über die Lage in den betreffenden Städten. Diese Verfassungstreue steht turmhoch erhaben über jenen gewissenlosen politischen Rindsköpfen, die nur einen ganz kleinen Ausschnitt des deutschen Volkes zu sehen vermögen.“

So urteilte ein Führer des Zentrums über den Generalfreikampf. Unter dem frühen Eindruck des Erlebnisses. Bald danach wurde Burlage sogar Vorsitzender der Zentrumsfraktion und blieb es bis zu seinem leider zu früh eingetretenen Tode; sein Nachfolger auf diesem Posten wurde Dr. Marg.

Wir verzichten darauf, die Ausführungen der sozialdemokratischen und demokratischen Minister und Fraktionsredner in der denkwürdigen Stuttgarter Sitzung wiederzugeben. Auch sie verherrlichten mit Zustimmung der Zentrumsabgeordneten den Generalfreikampf und sprachen allen daran beteiligten Volksgenossen den Dank der verfassungsmäßigen Regierung aus. Und am Schluß dieser Aussprache brachte der Präsident der Nationalversammlung die Gefühle der verfassungstreuen Volkvertreter noch einmal zum Ausdruck. Der Präsident sagte dabei u. a.:

„Wir hoffen, daß im Verlauf von wenigen Tagen, ich möchte hoffen von Stunden, der Generalfreikampf

Marx untersucht.

Mit größtmöglicher Beschleunigung.

Die Reudell-Akten des preußischen Innenministeriums sind beim Reichskanzler eingetroffen und Dr. Marx läßt mitteilen, daß er die Untersuchung mit größtmöglicher Beschleunigung durchführen wird.

Auf die Beschuldigungen, die das Blatt des Jungdeutschen Ordens sowie der „Demokratische Zeitungsdienst“ neuerdings gegen Reudell erhoben und die wir in unserer heutigen Morgenausgabe wiedergegeben haben, hält sich die Reichsregierung im allgemeinen und Minister Reudell im besonderen bis jetzt in tiefes Schweigen.

Hehe?

Die politische Vergangenheit des Herrn von Reudell.

Die Presse der Deutschnationalen verteidigt Herrn von Reudell, indem sie über „unsachliche Kampfesweise“ und „persönliche Hehe“ zeleert. Persönliche Hehe gegen Herrn von Reudell? Davon ist uns nichts bekannt.

Herr von Reudell ist — ein scheinbar unbeschriebenes Blatt — zum Reichsinnenminister ernannt worden. Wir haben nachgefragt, was politisch auf diesem Blatt bisher zu lesen stand. Schließlich ist es nicht unwesentlich, zu wissen, was Geistes Kind politisch der Mann ist, in dessen Hände das Reichsinnenministerium und der Schutz der Verfassung gelegt werden soll. Zur Auslese der leitenden Staatsmänner gehört eine solche Nachprüfung. Es ist selbstverständlich, daß politische Vergangenheit und politische Gesinnung eines Mannes, der für ein leitendes Staatsamt bestimmt ist, klar und eindeutig vor den Augen der Öffentlichkeit liegen muß. Sie gehören nicht zu seinen Privatangelegenheiten. Merkwürdigerweise haben die Regierungsparteien bei dieser ganz merkwürdigen Regierungsbildung an solche Selbstverständlichkeiten nicht gedacht. Es ist die Pflicht der Opposition, sie daran zu erinnern. Die Opposition ist das Gewissen der Regierung. Sie empört sich über die Zweideutigkeit, die in Herrn von Reudell an die Spitze des Reichsinnenministeriums gelangt.

Persönliche Hehe? Persönliche Hehe sieht ganz anders aus. Die Spezialisten darin sitzen auf der rechten Seite. Sie haben Herrn Erzberger infam geheht, sie haben gegen Friedrich Ebert geheht, gegen Scheidemann, gegen jeden republikanischen Politiker. Die schändliche Methode, mit Hilfe des Eids bis in die geheimsten Falten des intimen Lebens gegnerischer Politiker hineinzu schnüffeln, ist eine Erfindung der Deutschnationalen.

Davon ist bei Herrn von Reudell gar keine Rede. Es handelt sich nicht darum, was er in seinem Privatleben tut und ist, sondern nur um sein politisches Gesicht. Sollen wir verschweigen, daß er ein Kappist ist?

Damit die deutschnationalen Presse, die über „persönliche Hehe“ sich beflaßt, den Unterschied erkennen lernt, verzeichnen wir ein Musterbeispiel persönlicher Hehe gegen einen Staatsmann. Am 30. Dezember 1925 schrieb die „Hamburger Nachrichten“ — ein deutschnationales Blatt — über den Reichskanzler Marx:

„Man sollte Herrn Marx das menschliche Mitgefühl für seine Verfolgungsabsichten nicht verlagern, denn nachdem das deutsche

Volk ihn als Präsidentschaftskandidat beiseite gestellt hat, wird den Schmieden die Zerknirschung über diese Treulosigkeit an seinem himmelhochgepriesenen Völkerbundspazifismus übermannen haben, so daß er glaubt, Deutschland aus dem Schoße des Völkerbundes heraus doch noch mit seiner Heilsbotschaft umstricken zu können. Daß er damit sein politisches Schattendasein in Deutschland mit einem einträglicheren Posten in Genf vertauscht, sehen wir seine Gegner. Seitdem in Deutschland die Bahn für jeden Tüchtigen frei geworden ist, ist es eigentlich doch nicht mehr verwunderlich, daß sich Parteihäupter um einen Posten bemühen, der zum Wohle Deutschlands mit 2000 Schweizer Franken monatlich dotiert ist. Wer dem Altar dient, soll auch vom Altar leben, dieses Wort ist doch seit dem glorreichen Umsturz in Deutschland zum ehernen Gesetz für jeden politischen Dilettanten geworden.“

Das ist persönliche Hehe in der niedrigsten und gehässigen Form. Die Leute aber, die so hehen, klagen über „mangelndes Tatgefühl“, wenn öffentlich festgestellt wird, daß an der Spitze des Innenministeriums ein Kappist und Gönner der Putschorganisationen steht!

Verteidiger des Kapp-Putsches.

Der „Tag“ des Herrn Hugenberg fordert von uns, wir sollten „mit gezogenerm Hut ehrfürchtvoll“ vor Herrn v. Reudell stehen. Warum? Weil er, der Kappist, der Protektor der Olympia, als Reichsinnenminister die Republik schützen will. Weil er zu den Kappisten gehört, die nach dem „Tag“, „die besten Kräfte der Nation“ sind. Weil die Republik sich aufbaut auf

„Hochverrat, wenn nicht auf Schlimmerem, auf Meuterei, feiger Desertion und gebrochenen Eiden. Das konnte und kann der nationale Mensch nicht vergessen!“

Was Herr v. Reudell war im Recht, als er seinen Beamteneid brach, und den Hochverrättern Beihilfe leistete!

Wovor sollen wir nun den Hut ziehen? Vor dem Mut, mit dem sich Herr v. Reudell zu dem, was der nationale Mann nicht vergessen kann, im Reichstag nicht bekannt hat?

Der Militärkampf in Portugal.

Beschließung von Oporto.

Paris, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die in den Pariser Morgenblättern vorliegenden Nachrichten aus Lissabon widersprechen sich. Nach den offiziellen Nachrichten der hiesigen portugiesischen Gesandtschaft sollen sich die Rebellen gestern abend bedingungslos ergeben haben. Anderen Nachrichten zufolge habe man aber die Beschließung von Oporto mit erneuter Heftigkeit wieder aufgenommen. Als sicher gilt nur, daß diese Stadt, die über 200 000 Einwohner zählt, unter der Beschließung außerordentlich schwer gelitten hat. Englischen Nachrichten zufolge sollen schon vor der Wiederaufnahme der Beschließung die Zahlen der Verluste unter der Zivilbevölkerung 4 Tote und 200 Verwundete betragen haben. Zahlreiche Matriolen sollen ebenfalls offen für die Rebellen Partei ergriffen und plündernd die Straßen von Lissabon durchzogen haben. In Lissabon sind sämtliche öffentliche Gebäude und alle großen Warenhäuser geschlossen. Die Regierung hat 150 Journalisten und Politiker, die ihr als verdächtig erschienen, verhaften lassen. Sie sind nach einem Fort in der Umgegend von Lissabon gebracht worden, da die Bemannung der Kriegsschiffe, auf welche sie zuerst gebracht werden sollten, sich weigerte, sie aufzunehmen.

als unnötig, als überflüssig sich erweist. . . Wir, die besonnenen Vertreter des Volkes, wie die heute in überwiegender Mehrheit ein treues Bekenntnis zur Demokratie abgelegt haben, wir gehen hinaus mit dem erneuten Geselbntis, einzutreten für unser neues, demokratisches Deutschland." (Besfall.)

Als der Präsident der Nationalversammlung diese Worte sprach, war zwar der Rapp-Busch in Berlin bereits zusammengebrochen, in Süddeutschland war er gar nicht angekommen, aber aus Ostpreußen und Schlessen lagen noch immer schlechte Nachrichten vor, da sich die Militärdictatur der dortigen Rappisten blutig ausübte. Aus den Worten des Präsidenten geht deutlich seine Auffassung hervor, daß der Generallstreik nötig gewesen war und es noch blieb in der Stunde, in der die Nationalversammlung zusammentrat. Er sprach lediglich die Hoffnung aus, daß durch den völligen Zusammenbruch der Rappisten die Fortführung des Generallstreiks sich sehr bald als unnötig erweisen würde.

Der Mann, der so sprach, gehörte auch dem Zentrum an. Es war Konstantin Fehrenbach.

Wird das Zentrum im Falle Reudell im Sinne seiner verstorbenen Führer Burlage und Fehrenbach handeln — oder wird es noch einmal umfallen?

Wirth und das Zentrum.

Soll er verbrannt werden?

Wirth hat am 5. Februar als einziger vom Zentrum gegen den Bürgerblock gestimmt. Die Zentrumspresse macht ihm darüber Vorhaltungen und beruft sich auf die Disziplin. Am Sonntag will sich der Reichsparteiausschuß mit seinem Verhalten beschäftigen, das er selbst in der Zeitschrift „Die Deutsche Republik“ und in öffentlichen Versammlungen zu verteidigen beabsichtigt.

Der Konflikt ist bedeutsam und in gewissem Sinne tragisch. Zahlreiche Zentrumsabgeordnete, die sachlich auf demselben Standpunkt stehen wie Wirth, haben sich der Disziplin zähneknirschend gefügt. In der Regierung, der Wirth das Vertrauen verweigert, sitzt neben Marx und Brauns auch der Reichsfinanzminister Köhler, einer der ältesten Freunde und nächsten Befinnungsgenossen Wirths. Durch all das aber hat sich Wirth nicht dazu bewegen lassen, sich der Haltung seiner Fraktion anzuschließen.

Wirth konnte eben nicht für den Bürgerblock stimmen! Der Mann, der ein Stück Vergangenheit des Zentrums, und nicht das schlechteste, repräsentiert, der Mann, der das Wort vom „Besitzbürgerblock“ geprägt hat, der versprochen hat, im Kampf zwischen Bürgern und Arbeitern auf Seite der Arbeiter zu stehen, der Mann, der mit dem Rufe „Der Feind steht rechts!“ in die Geschichte eingehen wird, konnte nicht der Regierung Reudell sein Vertrauen bekunden!

Das Zentrum hätte eben nicht einen Beschluß fassen dürfen, der seinem einstigen Reichskanzler und Führer nur noch die Wahl ließ, entweder seine ganze Vergangenheit zu verleugnen oder sich außerhalb der Fraktionsdisziplin zu stellen. Nun hat es sich selbst vor eine Wahl gestellt, die nicht weniger peinlich ist: Mit Reudell gegen Wirth? Oder mit Wirth gegen Reudell?!

In einer Unterredung mit der „Freiburger Tagespost“ erließ Prälat Schofer, der badische Zentrumsführer, eine deutliche Mahnung an Wirths übereifrige Gegner. Wenn sein Keim den Sinn eines Warnungssignals habe, dann liege es materiell in der Gedankenrichtung des badischen Zentrums — wenn es auch formal zu weit gehe.

Für stärkere Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs tritt ein Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein, der von der Regierung verlangt, darauf hinzuwirken, daß die Zulassung des Reines an Breuen für solche Zwecke von dem vorgezeichneten Betrag von 225 000 M. auf 500 000 M. erhöht wird.

Präventivzensur.

Von Robert Breuer.

Präventivzensur bedeutet, daß der Theaterleiter das Manuskript des Stückes, das er aufführen möchte, vor der Einstudierung an die Zensurstelle gibt, damit diese ihr Einverständnis erteilt, oder das Stück ganz oder teilweise ablehnt. Diese Präventivzensur ist durch die Weimarer Verfassung aufgehoben. Es soll überhaupt keinerlei Zensur stattfinden; Literatur und Theater sollen frei sein. Nur für Lichtspiele und für den Schutz der Jugend steht die Verfassung Ausnahmen vor. Das hätte besser nicht geschehen sollen. Solche Ausnahmen sind fast immer Brechen in der Mauer. Diesmal scheinen sich die Ausnahmen als Dampfmaschinen zu wackeln, die über die Mauer dahingehend, nur noch Schutz und Trümmer übrig lassen. Die Sorge für die Jugendlichen wird zur Kulturplage. Die Zensur ist wieder da. In ihrer schlimmsten Form: als Präventivzensur. Als Prostitution jedes Wagnisses, ja jedes Reutones der Dichtung und ihrer Darstellung auf der Bühne.

Es steht nunmehr fest, daß das neue Gesetz zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten nicht, wie bisher angegeben, nur gegen die Rummelplätze, Jahrmärktebuden und Schützenfeste gemünzt ist; es soll jegliches Theater, jede Vorlesung, jede Kunstausstellung erreichen können. Diese Vermutung haben mißtrauische Leute gehabt, sowie sie den Befehl vor die Augen bekamen. Aber die Regierung und die Regierungsparteien haben stets das Gegenteil behauptet. Haben von überflüssigen Klagen gesprochen. Von Hysterie des Liberalismus. Sehr sind alle diese Verdunkelungsversuche zusammengebrochen. Die Regierung hat durch kompetente Stelle (so nennt sich das) mit Seelenruhe erklären lassen, daß selbstverständlich und sozusagen naturgemäß das beabsichtigte Gesetz, getreu seinem Wortlaut, auf Darstellungen aller Art angewandt werden soll. Also auch auf die Aufführungen der Staatstheater, der Stadttheater, der Bühnen, die sich eifersüchtig von jedem Riß und Schund fernhalten und sich hingehend der Literatur verpflichten. Sie alle können, wenn Polizei oder Jugendamt Anstoß nehmen, ihr Jugendliche unter 18 Jahren gesperrt werden. Es soll selbstverständlich nichts gegen die Polizei gesagt sein, auch nichts gegen die Jugendämter, nicht einmal etwas gegen deren blutarme Gouvernanten oder weibliche und männliche Tanten. Kein vernünftiger Mensch und gewiß kein Freund des Volkes will die Jugend der Verdienstloser verantwortungsvoller Schaubudenbesitzer ausliefern und niemandem von uns liegt daran, daß (abgesehen mancherlei hieron zur Romantik unserer Kindertage gehört hat) Jugendliche die Geschichte von Schinderhannes lustig auf Poppe gemalt, oder in der Schrecksammer das Fell des Scharfrichters Kumpelmus oder die abgeschnittenen Haare der Kindesmörderin Helmi zu begaffen bekommen. Wir wollen auch ganz gewiß nicht Jugendliche zu Herrenabenden und bannalen Roditionen eingeladen haben. Aber muß um solcher sozialpädagogischer Agende willen ein Gesetz gemacht werden, das Präventivzensur für das anständige Theater bedeutet? Und obendrein eine verständnislose Forderung der biederlichen Phantasie der Jugend und ihrer Gemeindefreier? Diese beiden grotesken Gefahren verbergen sich hinter der Maske des neuesten Jugendchutzes: die Abkehr der Theaterleiter von der jungen Literatur und die Erlöschung der rhythmischen Gestaltungskraft in der Jugend selbst.

Der „dritte Luther.“

Doehring macht ein eigenes Geschäft auf.

Nachdem der Dom- und Hofprediger Dr. Doehring aus dem Evangelischen Bunde ausgeschifft worden ist, befinnt er sich auf die Haupttugenden jedes wahrhaft Deutschen: er gründet einen neuen Verein! Im „Reichsboten“, dem Organ der zurückgebliebensten evangelischen Pastoren, erläßt er einen spaltenlangen Aufruf zur Gründung eines „Luther-Ringes“, der „aktives Christentum auf reformatorischer Grundlage“ betreiben soll. Mit Luthers Geist in der Besteniasche will er „hinein in den Staat“ gehen und eine neue politische und soziale Welt gestalten.

Er spricht selbst von der „grauenhaften Verworrenheit und dem Halbdunkel unserer Tage“, dem er rücksichtslos sich entgegenstellen will. Zur Verstärkung dieser grauenhaften Verworrenheit trägt freilich der neue Luther sein gut Teil bei, indem er die Arbeit des Luther-Ringes auch mit der sozialen Frage verknüpfen will. Er will das Neue Testament anrufen, um zu lehren, „wie der Arbeitgeber zum Arbeitnehmer kommt“. Vielleicht will er in Zukunft an die Spitze seiner Aufrufe das schöne Bistwort legen: „Der seinem Arbeiter den Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund!“

Das Wichtigste indessen scheint an der ganzen Neugründung der Kampf gegen den Evangelischen Bund zu sein, der Herrn Doehring nicht mehr an seiner Spitze sehen wollte. Für diesen Kampf braucht der „neue Luther“ natürlich Geld. Zu diesem Zwecke will er einen Luther-Pfennig sammeln und fordert seine Freunde auf, täglich einen Pfennig zu sparen und am Reformations-tage ihm abzuliefern. Es schwebte ihm augenscheinlich dabei der Anti-Luther-Mann Tegel vor, als dessen Wahlpruch überliefert wurde: „Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt.“

Wenn die Gründung des Luther-Ringes Erfolg hat, so kann das zwischen ihm und den übrigen evangelischen Bänden ein angenehmes Geräuße geben. Wie ja auch der wirkliche Luther sich mit anderen Reformatoren weidlich herumgeschlagen hat. Vielleicht denkt Doehring jedoch zeitweilig auch daran, daß Berlin schon einmal einen „zweiten Luther“ gesehen hat, der auch aus der Hofpredigertaste stammte. Der Name Stöckers wird ihm nicht unbekannt sein und das Ergebnis der Stöckerer ebenfowenig.

Von dem ganzen Stöcker-Wert, das einst Berlin und halb Deutschland in Bewegung setzte, ist nichts anderes übrig geblieben als der deutschnationalen Abgeordnete Rumm, der Schwieger-sohn jenes zweiten Luther ist. Von dem „dritten Luther“ Doehring aber dürfte nicht einmal ein Rumm übrigbleiben!

Ostoberschlesische Zustände.

Abg. Genosse Kotwoll überfallen.

In der vorigen Woche ist der deutsch-sozialdemokratische Abgeordnete Kotwoll, Mitglied des ostoberschlesischen Landtags und Hauptredakteur des „Volkswille“ in Kattowitz, von Ströchen überfallen, mißhandelt und erheblich verletzt worden. Dr. die unaufrichtigen Konfessionen und Presseprojekte den unerschrocken kämpfenden „Volkswillen“ nicht leicht umbringen konnten, versuchen die Hebernationalisten vom „Verband der polnischen Aufständischen“ jetzt, die geistige Arbeit für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenklasse in Ostoberschlesien zu erschlagen! Bezeichnend für die Zustände in diesem Gebiet, die ungeachtet der Räterebundkontrolle bestehen, sind folgende Ausführungen des Kattowitzer „Volkswillen“:

Wie hundert andere Mißhandlungen deutscher Minderheitsangehörigen, mehrere Bombenattentate, Banditenstöße, Versammlungsprengungen, so wird auch dieses „Heidenstück“ der Kattowitzer „Patrioten“ ungeführt bleiben. Darum hat auch Genosse Kotwoll darauf verzichtet, später die Polizei zu verständigen; denn bei allem Protokollieren kommt doch bei den Untersuchungen nichts heraus, die Schuldigen, obgleich sie der ganzen Öffentlichkeit, wie im Königshütter Fall, bekannt sind, können von den Behörden nicht zur Verantwortung gezogen werden, weil sie „nicht zu ermitteln“ sind! Es wäre darum ein direktes Wunder, wenn in diesem Falle etwas von den

Behörden in Szene gesetzt werden sollte. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, weil wir bis heute auf ein Verfahren gegen die drei Bombenattentate auf den „Volkswille“

warten. Aber wir sollen zu den polnischen Behörden volles Vertrauen haben. Wir können hier hundert andere ungefähre Fälle darlegen, verzichten aber darauf, denn Banditen kann man nicht befehlen und die Behörden bleiben stumm oder teilen einfach mit, daß ein öffentliches Interesse nicht vorliegt.

Aus eigener Wissenschaft können wir einen Beitrag sowohl zur Kennzeichnung der Wojewodschaft Kattowich wie auch zum Beweise dafür beisteuern, daß unsere polnischen Genossen gegen den polnischen Nationalismus ihre internationale Pflicht erfüllen: Sie leithin in Kattowich die Vertreter der polnisch-sozialistischen Arbeiter-universitäten (unserem Bildungswesen entsprechend) tagen, schickte der Wojewode einen seiner Beamten, der die Tagung begrüßen sollte. Dieser Gentleman mißbrauchte sein Amt, um eine Rede vom „gemeinsamen Feind, der allen Polen ohne Klassen- und Parteunterschied auf diesem heißen Boden gegenübersteht“, zu halten. Da aber schrie ihn der als Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei anwesende Abg. Gen. Dr. Diamond vor allem Voll an: „Was erlauben Sie sich, hier zu sagen?“ Der Beamte eilte darauf zum Schluß. Als aber nun als Vertreter des Reichsbildungsausschusses in Berlin Gen. Weimann das Wort erhielt, wurde er mit einer stürmischen und langandauernden Ovation empfangen — das war die Antwort an die Wojewodschaft!

Aufgaben des Auswärtigen Amtes.

Die Beratungen im Haushaltsausschuß.

Der Ausschuß für den Reichshaushalt erledigte in seiner Montagssitzung zunächst einige Anträge, die zum Etat des Auswärtigen Amtes gestellt und an den ständigen Unterausschuß verwiesen worden waren. So wurde u. a. ein neuer Titel bewilligt und mit 500 000 M. dotiert, durch den für den inländischen Handel und die inländische Industrie überaus wichtige wirtschaftliche Nachfristendienst der ausländischen Missionen auf eine neue Basis gestellt werden soll. Angenommen wurde ferner nach Befürwortung durch den Genossen Hoch eine Entschädigung, in der die Regierung erludigt wird, zu erwägen, das Personal der Reichsstelle für Nachrichten und Nachforschungen im Zustande zu vermindern und außerdem gleichzeitig den Sportkommissar mit dieser Angelegenheit zu befallen.

Eine längere Debatte entspann sich bei dem Titel, der 450 000 Mark für Sachverständige im Ausland fordert, die der Förderung der deutschen Land- und Forstwirtschaft, des deutschen Handels und der Industrie, sowie der Sozial- und Kulturpolitik dienen sollen. Hierzu lag ein deutschnationaler Antrag vor, der verlangte, die vorgesehenen sechs Stellen für landwirtschaftliche Sachverständige im Ausland baldigt zu besetzen, ferner eine Erhöhung der Zahl dieser Attachés, entsprechend dem infolge der Kriegs- und Nachkriegszeit veränderten Bedürfnis vorzunehmen. Genosse Stücken wies mit Nachdruck darauf hin, daß die Anstellung von Sozialattachés im Ausland mindestens so wichtig und so notwendig sei, wie die von landwirtschaftlichen Sachverständigen, und es wurde darauf der erste Teil des Antrags angenommen, der zweite abgelehnt.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurden 600 000 M. zur Erbauung eines Verdunstungsapparates mit Kühlanlagen neu eingesetzt und folgende Entschädigung angenommen: Ingefsicht der diesjährigen Mißernte an Wein in weiten Weinbaubezirken sollen Maßnahmen zur Verringerung der Not der kleinen Winzer ergriffen werden und soweit die Rostige der Betroffenen es erfordert, zinslose Stundung der fälligen Zinsraten der Winzerkredite gewährt werden. Vor allem aber wurde gegen den Widerspruch der Regierung nach wiederholter und dringender Befürwortung durch die Genossen Behmschuch und Genossen Hoch ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der zum Zweck der Kinderpeisung in den Etat neu 5 Millionen einsetzt.

Ende der völkischen Reichstagsfraktion. In Verfolg des gegen den völkischen Abgeordneten Kube von dessen Partei ausgesprochenen Ausschusses sind nunmehr auch die Abgeordneten Kowentlow, v. Ramin und Stöhr aus der Reichstagsfraktion der völkischen Freiheitspartei ausgeschieden. Die Fraktion gilt damit als gesprengt und geht infolgedessen der Rechte einer Fraktion im Reichstag verlustig.

trifft. Nach dem Gesetz, das sie schützen will, kann ihnen verboten werden, an Aufführungen mitzumachen, deren Sinn und Rhythmus sie selbst bestimmen. An Jugendchören, an Sprechchören, an der Aufführung von Sophokles, von Schiller, an der Darstellung jenes Unbewußten, das aus dem Laß des jungen Herzen heraus, aus dem Marsch und dem Tansschritt der Jugend sich gestaltet. Das wird immer die Verdrüben wackeln machen, wird immer Revolution bedeuten, vielleicht auch des Ethischen, der tagessüblichen Sitts, der bierbanverehrten Tradition.

Aber, wehelt der Gesetzgeber: wegen politischer, sozialer, religiöser oder ethischer Tendenz darf ja den Jugendlichen kein Vers und kein Satz verboten werden. Das Ethische, das Religiöse, das Politische als solches ist frei. Als solches? Dann wird man eben finden, daß nebenbei doch noch etwas Verbotbares festzustellen ist, etwa zuviel Frühlingsgeist, oder zuviel rebellische Lust, oder zuviel leuchtende Augen und klappende Brüste. Man wird schon irgend etwas vorbringen können. Es genügt übrigens schon, daß das Damoklesschwert des polizeilichen Zugriffs auch über dem Selbstspiel der Jugend schwebt, um ihm die Keivität zu rauben. Auch hier: Präventivzensur an neuer Geburt.

Was soll eigentlich aus Deutschland werden? Ein Totenhof, ein Paradies der Büttel, ein Reford der (mit 150 Reichsmark) Frühbestrafter? Gesetzgeber, Gesetzgeber, der Geist läßt sich nicht töten, er wehet von wannen er will. Gesetzgeber, die Frühe derer, die blich auf den Moderater werfen, stehen vor der Tür.

Das Räterebundsekretariat und die Deutsche Theaterausstellung Magdeburg 1927. Bei der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg ist durch Vermittlung des deutschen Konsulats in Genf eine Einregung des Räterebundsekretariats eingelaufen, nach der die Zeitschrift der Deutschen Theaterausstellung „Die vierte Wand“ dem Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit in Paris sendend zugelandt werden möchte, damit von dort aus für die Ausstellung, die eine der wichtigsten Teile der deutschen Kultur wiederherstellen soll, das Interesse ausländischer Kreise gewekt werden könne.

Dr. Ernst Cohn-Wiener wird auf Einladung der Volkshäuser G. B. im Hofland des Kunlgewerdes-Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7a, zwei Lichtbilder vorlegen, die keine Einblicke über Länder, Völker und lebende Kunst in Zentralasien wiedergeben. Der erste Vortrag findet am 12., abends 8 Uhr, statt. Einlaßkarten 0,70 Mark.

Schauspieler-Kochvorstellung im Theater am Kolonnenplatz. Für die Wohlhabenderen der Bühnengemeinschaft beginnt am 10., abends 11 Uhr, der Schwan „Waller“ mit Max Kaldert in der Hauptrolle, zur Aufführung. — Karten sind nur im Bureau des Bezirksverbandes, Reichstr. 11, erhältlich.

„Die neue Truppe“ (Künstlerische Leitung Alfred Becker und Manfred Jülich) veranstaltet am 10., abends 8 Uhr, ihren ersten Galldiesabend im Städtischen Theater Neustadt, Bergstrasse 147. Zur Aufhebung gelangen: „Benignus Erlebnis“ von E. v. Keyserling und „An Eigleit“ von Anton Wildgans.

„Die Sieben.“ Unter diesem Namen haben sich die Walter Professor B. Ralland, Hans Rühlmann, Oskar Dehne, Peter Paul Glarick, Paul Speer, Fritz Steinert, Otto Wiegandt zu einer Künstlergemeinschaft zusammengeschlossen. Die 1. Veranstaltung wird Anfang März in den Räumen der Galerie Alfred Heller, Kurfürstendamm 44, stattfinden.

Wie ich es auffasse!

Westarp über Außenpolitik und Völkerbund.

Graf Westarp, der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, hat gestern abend an der Berliner Universität, einer Einladung des Amtes für staatspolitische Erziehung der Studenten folgend, einen Vortrag über „Deutschlands Außenpolitik und der Völkerbund“ gehalten. Graf Westarp hat es sich zum Ziel gesetzt, vor den Studenten die deutsch-nationale Einstellung zur Frage des Völkerbundes zu entwickeln.

Er griff zunächst zurück auf die Ablehnung der Locarno-Verträge durch die Deutschnationalen im Jahre 1925 und wiederholte, die deutsch-nationalen Minister seien an Vorbereitung und Abschluß der Verträge nicht beteiligt gewesen. Scharf prononciert gab er dann eine Erläuterung des Bekenntnisses zur Rechtsgültigkeit der Verträge von Locarno, das die Deutschnationalen durch ihre Zustimmung zur Regierungserklärung ausgesprochen haben. Er führte aus:

„Ich habe es nicht unterlassen anzuerkennen, daß die Locarno-Verträge für Deutschland bindendes Recht darstellen. Ich halte es aber auch heute noch für richtig, daß die Locarno-Verträge eine Neuerung der Verfassung bedeuten: Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit. Ein Richter darüber, ob das Gesetz verfassungsgemäß zustande gekommen ist, ist nicht vorhanden. Bei außenpolitischen Gesetzen fehlt es an einer solchen Instanz. Der Staatsgerichtshof ist nur dann zuständig, wenn gegen besseres Wissen gegen die Verfassung verstoßen wird. Zur Beruhigung des Auslandes: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Locarno und Völkerbund die rechtliche Grundlage für die weitere Politik darstellen. Damit ist nichts über den historischen Wert, über Schaden und Gefahren dieser Politik gesagt.“

In seinen weiteren Ausführungen wandte er sich mit scharfen Worten gegen Polen, das er unter anderem als größte Gefahr für den europäischen Frieden bezeichnete. Zur bisherigen Außenpolitik gegen Osten führte er aus:

„Ein Gutes ist in der Rücke zu sehen, daß nämlich kein Sicherheitsvertrag über die Ostgrenzen geschlossen wurde. Die Grenze des Rechts und Natur geteilten Ostpreußens, die Grenze des Korridors ist nicht festzuhalten. Ich bin der Meinung, daß hier im Osten ganz besondere Aufgaben der deutschen Politik liegen.“

Schließlich formulierte Graf Westarp seine Stellung zum Locarno-Vertrag noch einmal mit folgenden Worten:

„Locarno bedeutet nur den Verzicht darauf, auf militärischem Wege die Grenzen zu verändern; damit ist kein grundsätzlicher Verzicht ausgesprochen. Dies wäre unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker im Widerspruch mit Artikel 19 des Versailler Vertrags. Wir müssen für Deutschland das Recht behaupten, uns über die Grenzen mit unseren Nachbarn allein zu einigen, das ist ein Widerspruch mit Locarno.“

„Warum legen wir so entscheidenden Wert darauf, daß der Verzicht kein grundsätzlicher ist, sondern nur ein Verzicht auf kriegerische Maßnahmen? Deshalb, weil ich es für eine unbedingte vaterländische Pflicht halte, dem deutschen Volke seine Ideale nicht zu verflümmern, deutsches Land dem deutschen Reich wieder zu vereinigen. Durch Verfolgen dieser Ziele kann Deutschlands Stellung in der Welt nur eine Verbesserung erfahren.“

Hier erzählt man, wie Graf Westarp und die Seinen den mit der Anerkennung des Locarno-Vertrags ausgesprochenen Verzicht auf Elsaß-Lothringen auffassen. Graf Westarp feierte, um diese Auffassung zu unterstreichen, ausdrücklich die Einweihung Elsaß-Lothringens im Jahre 1871 als nationale Tat.

Kurum: Graf Westarp hat sich als Gegner der Völkerbunds- und der bisherigen Außenpolitik bekannt. Bei der Besprechung des Minderheitenrechts stellte er ausdrücklich fest:

„Als Gegner der Völkerbunds- und der bisherigen Außenpolitik, als der ich mich bekannt habe.“

Gegenüber der bisherigen Außenpolitik bestritt er, daß die Räumung von Köln und die Räumung des Ruhrgebiets auf das Konto von Locarno gebucht werden könne. Heute sei niemand mehr im Zweifel, daß die Rückwirkungen ausgeblieben seien, Thoiry sei von der Bildfläche verschwunden. Seine Auffassung von der Verständigungspolitik deklarierete er noch einmal in folgenden Worten:

„Doch dabei bleibe ich, die Verständigung ist nicht verwirklicht, sie liegt nicht vor, von ihr kann nicht die Rede sein, so lange noch fremde Truppen auf deutschem Boden stehen.“

Zum Schluß stellte Graf Westarp fest, was er für die Hauptaufgaben im Jahre 1927 halte:

„Die Befreiung der besetzten Gebiete mit allen diplomatischen und sonstigen Mitteln ist durchzusetzen.“

Diplomatische Mittel, selbstverständlich. Aber sonstige Mittel? Sollte er darunter seine eigenen Reden verstehen?

Deutschausweisungen und Handelsvertrag

Polen gefährdet die Verhandlungen.

Aus Polnisch-Oberschlesien, die man in der letzten Zeit eine ganze Reihe Staatsbürger, die dort wichtige Wirtschaftsstellungen innehaben, ausgewiesen, ohne daß gegen sie triftige Ausweisungsgründe vorliegen. Die Ausweisungen müssen daher den Eindruck hervorrufen, daß sie die deutsche Industrie in Ost-Oberschlesien treffen sollen. Noch vor wenigen Tagen sind wiederum vier höhere Industriebeamte ausgewiesen worden. Deshalb hat am vergangenen Sonnabend der deutsche Gesandte in Warschau Raucher noch im Auftrage der vorigen Reichsregierung dem polnischen Ministerpräsidenten Marschall Wisludski gegenüber betont, diese Ausweisungen seien eine herabsetzende Störung unserer Niederlassungsverhandlungen, daß durch Vollziehung dieser Ausweisungen eine Belastung entstünde, die die Fortsetzung der Verhandlungen in Frage stellen müssen. Der Gesandte hat auch eine schriftliche Niederlegung dieser Erklärung dem Ministerpräsidenten übergeben.

Bekanntlich ist eine der wichtigsten Fragen bei den Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag die Sicherung des Niederlassungs- und Aufenthaltrechts deutscher Kaufleute und Industrieller in Polen. Wenn nun die polnische Ausweisungspraxis ungehemmt bleibt, so würde eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen des Handelsvertrags wegfallen. Die übrigen Verhandlungen haben überhaupt seit Monaten einen Fortschritt kaum aufzuweisen. Polen hat durch Abwehrmaßnahmen seine Handelsbilanz als gestärkt und scheint von einem Handelsvertrag, der diese Maßnahmen natürlich beseitigen würde, eine Verzichtleistung seiner Handelsbilanz und damit auch seiner Währung zu befürchten und deswegen geringes Interesse an dem Zustandekommen zu haben.

Die erste Folge des diplomatischen Schrittes ist ein vierzehntägiger Ausschub des Vollzugs der letzten Ausweisungen. Es ist also der Abbruch hinausgeschoben und es wird von Polen abhängen, ob er vermieden wird.

Neuer Frauenmord in Berlin N.

Heute morgen berichteten wir über die Mordtat des Heizers Buchholz, der seine Frau im Heizkeller der Schule in der Straße 4a mit einem Mauerstein erschlagen hatte. Jetzt wird schon wieder ein einschlägiger Frauenmord aus dem Norden Berlins berichtet. Wir erfahren dazu folgende Einzelheiten:

Auf dem Polizeipräsidium erschien gegen 8 Uhr bei dem Kommissar vom Dienst der Friseurin Josef Kolb, der am 23. Juli 1880 in Arnimgrün in Ostpreußen geboren ist und in dem Hause 20 Dittgerstraße 1 an der Hochstraße ein ziemlich großes Geschäft betreibt und dort hinter dem Laden als Junggefelle wohnt. Er gab an, daß er seine Gehilfin, eine am 26. April 1883 zu Berlin geborene geschiedene Frau Frieda Hoffmann, die mit einem Sohne zusammen in der Gartenstraße 90 wohnt, gemüht habe. Die Mordkommission und der Erkennungsdienst begaben sich sofort nach der Dittgerstraße und fanden Frau Hoffmann tot auf. Sie lag in der erst vor kurzem eingerichteten durch eine Holzwand abgetrennten Damenabteilung angekleidet auf dem Rücken. Der Gerichtsarzt, Geheimrat Fraenkel, der die Leiche vorläufig untersuchte, stellte am Halse Würgemale und Strangulationsmarken fest. Eindrücke von Fingerringen sind deutlich zu sehen. Es muß aber auch noch eine Schnur oder dergleichen benutzt worden sein. Kolb, der sofort turz verhört wurde, gibt an, daß Frau Hoffmann ihn ständig verfolgt habe. Er habe dem ein Ende machen wollen und auch die Absicht gehabt, sich selbst das Leben zu nehmen. Das behauptet er auch in zwei Briefen, die man von ihm vorfand. Sie sind an zwei Freunde „Hans“ und „Paul“ gerichtet. Auch hierin spricht Kolb von den angeblichen Verfolgungen. Es hätte schon längst etwas geschehen können und jetzt sei es passiert. Kolb bittet die Freunde, dafür zu sorgen, daß Frau Hoffmann und er anständig begraben würden. Die Tat scheint gestern abend in der zehnten Stunde verübt worden zu sein. Kolb ist dann noch länger in der Wohnung geblieben, endlich eine Jettung umhergegangen, bis er sich entschloß, sich der Kriminalpolizei zu stellen. Ob er wirklich die Absicht gehabt hat, sich ebenfalls das Leben zu nehmen, bleibt noch dahingestellt. Nach Aufnahme

des Tatbestandes und photographischer Festlegung des Befundes durch den Erkennungsdienst wird die Leiche nach dem Scharnhause gebracht und das Geschäft geschlossen werden.

Die Tragödie im Schulhaus.

Zu der Bluttat in dem Schulhause in der Straße 4a wird weiter berichtet: Der Heizer Buchholz wurde gestern abend auf dem Polizeipräsidium von den Kriminalkommissaren Dr. Anuschat und Quoy noch weiter eingehend verhört. Er sucht die Vorgänge so darzustellen, daß er seine Frau nicht mit Absicht und Vorbedacht, sondern im Streit erschlagen habe. Wie er sagt, kam sie ihm am Freitag nachmittag in den Heizkeller nach, weil sie in ihrer Eifersucht glaubte, daß er sich dort mit einer anderen treffen wolle. Bei dem entstehenden Streit habe er ihr mit einem Mauerstein einen Schlag auf den Kopf gegeben, nachdem sie ihn mit einem Stück Holz geworfen habe. Er sei dann zu seiner Geliebten gegangen. Erst nach Tagen sei er in den Heizkeller hinabgestiegen und habe seine Frau dort tot aufgefunden. Seinen Kindern gegenüber verheimlichte er die Entdeckung und machte sich mit ihnen, wie bereits mitgeteilt, auf den Weg, um die Vermisste zu „suchen“. Diese ganze Darstellung erscheint der Kriminalpolizei jedoch nicht glaubwürdig. Weitere Untersuchungen werden wohl volle Klarheit in diese Angelegenheit hineinbringen.

Zu dem Sommerfelder Doppelmord wird gemeldet, daß Kriminalkommissar Dr. Braschwig und einer seiner Beamten mit dem in München verhafteten Kurt Sommer heute morgen in Berlin eingetroffen ist. Sommer wurde sofort nach dem Polizeipräsidium gebracht und wird hier im Laufe des Tages eingehend verhört werden. Er gibt jetzt das Verbrechen zu. Sommer wußte in dem Hause der Ermordeten und dessen Umgebung gut Bescheid, weil er bei Ischenitz in der Behre gewesen war. Er hielt sich mit Vibrenz zunächst stundenlang in einer Laube verborgen, bis sie endlich zur Tat schritten. Vibrenz ist noch in Kiel. Wie sich die graufigen Vorgänge in Wirklichkeit gestaltet haben, wird sich erst zeigen, wenn beide verhört werden können.

Die „Guthaben“ aus England.

Auszahlung an frühere deutsche Kriegsgefangene.

Die englische Regierung hat die erste Rate zur Auszahlung der von ihr bisher anerkannten „Guthaben“ an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen (einschließlich Sanitätspersonal) überwiesen.

Alle ehemaligen Heimkehrer, welche sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben, bez. deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papiermarkt erhalten haben, werden aufgefordert, auf Postkarte mit deutscher Handschrift der Restverwaltung für Reichsaufgaben, Berlin W. 9, Königgräber Straße 122, folgende Angaben zu machen: „Beiz. englische Guthaben, Vor- und Zunahme, genaue jetzige Adresse, Geburtstag, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenenkompanie bzw. Depot oder Lagerbezeichnung“. Erben verstorbenen Heimkehrer haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberichtigung beizubringen. Jeder weitere Zusatz ist zwecklos und verzögert die Bearbeitung. Militärpässe, Entlassungsscheine, sonstige Personalspapiere oder Rückporto sind nicht beizufügen. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge des Eingangs der Anträge und nur durch die Post. Ein persönliches Abheben der Beträge durch die Heimkehrer kommt nicht in Frage. Wer kein Guthaben hat, erhält einen abschließenden Bescheid, gegen den Einsprüche zwecklos sind. Heimkehrer, welche der Restverwaltung für Reichsaufgaben nach dem 1. Juli 1926 die geforderten Angaben bereits eingereicht haben, brauchen ihre Anträge nicht zu erneuern, da diese vorgemerkt sind.

Da über 200 000 Eingetragene in Frage kommen und die englische Regierung zunächst nur den vierten Teil des Gesamtbetrages überwiesen hat, wird die Auszahlung geraume Zeit dauern, Erinnerungsscheine sind zwecklos und werden nicht beantragt. Die übrigen Heimkehrer aus den anderen ehemaligen Feindstaaten werden gebeten, solange von Eingaben abzusehen, bis über die Regelung dieser Guthabenanträge weitere öffentliche Bekanntmachungen erfolgen.

Abschluß der Pferdeschuhwoche.

Am Sonntag fand die Pferdeschuhwoche ihren Abschluß. Der Verein „Pferdewohl“, Dresden, hatte als letzte Programmnummer: „Das Pferd im Wettbewerb mit dem Motor im schwierigsten Gelände im Vergleich zum Anschaffungswert“ ausgeschrieben. Man wollte durchaus mit der Jugleistung der Pferde prunken und kam darum bei diesem Wettbewerb nicht ohne Pferde aus. Diese ganze Art und Weise der Prüfung verleiht letzten Endes dazu, vom Pferdeschuh abzulenken und sich in Ideen zu verrennen, die sich gegen die fortschreitende technische Entwicklung stemmen. Man kann doch heutzutage nicht mehr erzählen, ein Automobil kommt auf Sandwegen nicht weiter, nachdem Automobile die Sahara durchquert haben. Trotzdem gleitet der Kameleuh am besten über Sand hinweg, folglich könnte man mit gutem Recht für die Mark Brandenburg die Kameleinfuhr fordern. Kann es aber nicht so kommen, daß im schwierigsten Gelände die gute Spezialmaschine den Pferden Arbeit abnimmt, die über ihre Kräfte gehen? Wie man einen zielbewußten Pferdeschuh betreibt, bewies anerkenntniswerterweise die Pferdeschuhvereinigung. Unter den vielen Spannen war eins, das, was Material anbelangte, mit den anderen nicht ernsthaft in Konkurrenz treten konnte. Die Tiere sind alt, sie haben den Krieg schon mitgemacht, ihre Vorderbeine sind verbraucht, dennoch vollbringen sie täglich große Arbeitsleistungen, weil ihr Kutscher sie musterhaft behandelt und pflegt und die Tiere nicht überanstrengt werden. Das wurde Fuhrherrn und Kutscher durch Diplom und dem letzteren noch durch eine Geldprämie gelohnt.

Im der Jugleistungsprüfung für Zweispanner über 12 Kilometer blieben Sieger: 1. Fuhrherr Karl Schulz, Fahrer Erich Krüger (300 M.), 2. Fuhrherr Löwen-Böhmisch-Brauerer, Fahrer Schöberlein (200 M.).

Im Dienst tödlich verunglückt. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute früh gegen 1/8 Uhr vor dem Gürtlicher Bahnhof an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 93. Der 30jährige Straßenbahnkassierer Erich Sturm, der in der Rüdigerstr. 81 zu Nichtenberg wohnt, geriet beim Rangieren zwischen Anhänger und Triebwagen. Schwer verletzt wurde der Verunglückte zur nahegelegenen Rettungsstelle am Gürtler Bahnhof und von dort durch einen Wagen des Städtischen Rettungsdienstes in das Neustädter Krankenhaus gebracht. Er hatte so schwere Quetschungen und innere Verletzungen erlitten, daß der Tod kurze Zeit nach der Einlieferung eintrat. Die Schuttdrüse bedarf noch der Räumung. — Ein weiter folgenschwerer Unfall trat nach dem Nordbahnhof zu. Auf der neben der Postankunft zu den Anschlüssen nach dem Bahnhof Gesundbrunnen entlangführenden Zufahrtstraße wurde der Arbeiter Rudolf Hande aus der Müllstr. 129 von einem Lastkraftwagen erfaßt und überfahren. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der Verunglückte in das Krankenhaus übergeführt. Sein Zustand gibt zu Besorgnissen Anlaß.

Junge zweie Kaulsdorf. Die Augenweibe der Heilen Schulgemeinschaft Kaulsdorf fand am Sonntag, den 27. März, vormittags 1/2 12 Uhr, in der Turnhalle Adolfsstraße, Kall. Anmeldungen nimmt entgegen Frau Lehrerin Weigner, Dossir. 22.

Domela-Prozess in Köln.

Der Prozess gegen Harry Domela, den falschen „Kronprinzensohn“, wird möglicherweise noch in diesem Monat in Köln stattfinden. Daß Köln der Verhandlungsort sein wird, steht nunmehr unzweifelhaft fest, und so hat auch die Kölner Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Domela, die auf Betrug lautet, sowohl wegen seiner Schwindeleien als „Prinz v. Vieden“ in Köln, wie auch als „Prinz Wilhelm v. Preußen“ in Gotha und anderen thüringischen Orten erhoben. Voraussichtlich wird in den nächsten Tagen auch dem Antrage des Verteidigers Domelas, Rechtsanwalt v. d. Heyden, auf Ueberweisung auch der Heidelberger Betrugsfälle an das Kölner Gericht stattgegeben werden, so daß eine gleichzeitige Aburteilung des Schwindlers wegen seiner an verschiedenen Orten begangenen Straftaten erfolgen kann. Der Prozess wird vor dem Einzelrichter beim Kölner Schöffengericht, und zwar vor Amtsgerichtsrat Imhoff stattfinden, die Anklage wird voraussichtlich Staatsanwalt Dr. Poppe vertreten. Domela beabsichtigt vor Gericht eine ausführliche Schilderung seiner „Geschichte“ an verschiedenen Orten Deutschlands und der dabei verübten Schwindeleien geben.

„Freie Deutsche Künstlerschaft“.

In den Räumen der Freien Deutschen Künstlerschaft, Bend-Lerstraße 11, findet augenblicklich eine Sonderausstellung statt. Der Maler Jotisch zeigt sein empfundene Landschaftsbilder, die hauptsächlich in der bewegten Studie ausdrucksvoll wirken, verschiedene Porträts, sehr fein in Farbe und Pinselführung, Schauplätze „Sturm“ und verschiedene andere Arbeiten, die von viel künstlerischem Geschma und Können Zeugnis geben. Außer ihm hat noch der Graphiker Charat seine Arbeiten ausgestellt, und zwar durchweg solche auf dem Gebiete moderner Gebrauchsgraphik. Zeitungsköpfe, Ex-Libris, Inserate, alles sehr gut in der Auffassung und besonders getrennt durch geschmackvolle Ausführung der Schriften. Erwähnenswert noch seine Goldscheine, originell in Farbe und Ausdruck; Kauscheine für Gotha waren seinerzeit im Gebrauch. Die Freie Deutsche Künstlerschaft ist ein gemeinnütziges Unternehmen, dem Maler, Bildhauer, Kunstgewerber und Architekten angehören, so daß sie künstlerische Arbeiten auf all diesen Gebieten in Auftrag nehmen und zu erschwinglichen Preisen zur Ausführung bringen kann.

Der frühere Olympiasieger v. Luck überfallen. Zu dem auch von uns gemeldeten Zusammenstoß am Sonntag zwischen Stahlhelmern und roten Frontkämpfern in der Hardenbergstraße erfahren wir nachträglich, daß auch der frühere Leiter der inzwischen aufgelösten „Olympia“, Oberst a. D. v. Luck, angegriffen und verletzt wurde. Luck, der sich in Stahlhelmskleidung auf einem Anhängewagen der Straßenbahnlinie 55 befand, wurde von einer Schar uniformierter roter Frontkämpfer überfallen. Er erhielt während der Fahrt mit einem harten Gegenstand mehrere Schläge über den Kopf und wurde vom Wagen herabgeschleudert. Er mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Als Polizeibeamte eintraten, ergriffen die Täter die Flucht und entkamen unerkannt.

Unter langjähriger Abwesenheit Oskar Baumbach, der in sehr dürftigen Verhältnissen lebt, begeht am 8. Februar seinen 80. Geburtstag. Bezirksbildungsamt. Die Theateraufführung in der Kollodien am Sonntag, den 20. Februar, muß wegen technischer Schwierigkeiten ausfallen. Die Vorstellung wird im Mai nachgeholt. Bereich ausgegebene Karten müssen wieder zurückgenommen werden.

Schiffskatastrophen im Schwarzen Meer.

Im Schneesturm gestrandet.

In einem furchtbaren Schneesturm im Schwarzen Meer haben zahlreiche Dampfer Schiffbruch erlitten. Der große rumänische Dampfer „Trajan“ ist auf der Fahrt von Konstantinopel mit 200 Passagieren nördlich von Constantza vom Sturm an die Küste geworfen worden und droht unterzugehen, da er sehr schwer beschädigt wurde. Die Hilfschiffe konnten den Dampfer infolge der gewaltigen Sturmflut noch nicht erreichen. Ebenso konnten Rettungsboote von dem Dampfer selbst nicht zu Wasser gelassen werden, so daß sich die Passagiere in größter Gefahr befinden. Unweit dieser Stelle ist der Dampfer „Cap mere“ untergegangen und das Frachtschiff „Braila“ gestrandet, als es einem südlawischen Dampfer zu Hilfe eilen wollte, der ebenfalls Schiffbruch erlitt. Die „Braila“ wurde auf die Klippe geworfen und droht unterzugehen. Auch der russische Dampfer „Sotusjow“ ist untergegangen, er war mit Passagieren und Fracht nach Konstantinopel unterwegs. Mannschaft und Passagiere, insgesamt 40 Personen, sind ertrunken; außerdem fehlt von mehreren in den letzten beiden Tagen ausgefahrenen Schiffen jede Spur.

Tanz ist eine Sünde. Das Diözesanblatt der Diözese Königsgrätz (Tschekoslawen) veröffentlicht einen blühigen Erlaß, welcher das strenge Tanzverbot für Priester in Erinnerung bringt. Da sich im letzten Jahre Fälle ereigneten, daß Priester tanzten, werden alle Priester bei strengster Strafbrohung gemahnt, sich der schweren Sünde des Tanzens zu enthalten.

Russische Gewerkschaftspolitik.

Ein Vorbild für deutsche Kommunisten.

Es ist lehrreich, sich einmal darüber zu vergewissern, wie in russischen Gemeinden Arbeiterpolitik betrieben wird und wie besonders die kommunistische Organisation der russischen Gemeindegewerkschaften in diesem proletarischen Staatswesen die Vertretung der Interessen der Kommunalgewerkschaft denkt. Gelegenheit zu einem solchen Studium bieten die Verhandlungen des sechsten Unionkongresses des Verbandes der Kommunalarbeiter der Union der S.S.R., der kürzlich stattfand und der sehr eingehend die Aufgaben des Verbandes auf dem Gebiete der Lohnpolitik behandelte.

Ueber diese Verhandlungen hat die Leitung des russischen Verbandes ein offizielles Communiqué herausgegeben, das auch in Deutschland Verbreitung gefunden hat. Raum niemals ist die stümperhafte, rein agitatorischen Erfordernissen Rechnung tragende deutsche kommunistische Gemeindepolitik so konjunktionslos und unbarmherzig desavouiert worden, wie es in diesem Dokument geschieht. Die russischen Gemeindegewerkschaften schlagen in ihrem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Taktik ein, die vollkommen von der Taktik ihrer deutschen Parteifreunde abweicht. Sie nehmen sachlich zu dem ganzen Fragenkomplex gemeindlicher Arbeiterpolitik Stellung und versuchen besonders, auch die Schwierigkeiten zu würdigen, die zwischen Fördern und Erfüllen liegen.

Zunächst konstatiert das russische Communiqué, daß die Arbeitslöhne in einer Reihe von Arten noch äußerst unzulänglich sind. Man könne jedoch, so heißt es wörtlich, diese niedrigen Löhne nur in einem Ausmaße steigern, die der Berücksichtigung der finanziellen und ökonomischen Möglichkeiten der lokalen Finanzen entsprechen. Wo, so fragen wir, ist jemals in einem deutschen Gemeindeparkament eine ähnliche vernünftige Bemerkung von kommunistischer Seite gemacht worden? In einer von dem Kongreß angenommenen Entschließung wird bestimmt, daß der Festsetzung der Lohnhöhe zugrunde gelegt werden müsse:

Der allgemeine Stand und die Perspektiven der lokalen Finanzen; das Wechselverhältnis zwischen der Bewegung der Arbeitsproduktivität und der Löhne; der allgemeine Stand der Lohnhöhe in den übrigen Industriezweigen der betreffenden Ortschaft. Weiter wird dann darauf hingewiesen, daß sich das System der unbefristeten Akkordarbeit bewährt hat. Es sei jedoch zu bedauern, daß in den russischen Gemeinden das Akkordsystem noch in sehr geringem Umfange zur Einführung gelangt sei. Darum halte es der Kongreß für erwünscht, die Akkordarbeit in den Betrieben mehr auszuweiten. Für die Hilfsarbeiter empfiehlt der Kongreß ein Prämienystem, das sich nach der Arbeitsintensität (!) aufbaue. An kleine Betriebe dürften in Zukunft nicht mehr, wie es bisher mitunter geschehen sei, allzu hohe Forderungen gestellt werden. Für das leitende technische Personal sei angebracht, ein besonderes Lohnklassensystem zu schaffen, Lehrlinge seien „in strenger Abhängigkeit von ihrer Qualifikation“ zu tarifisieren.

Haben diese Forderungen, die die bolschewistischen russischen Gemeindegewerkschaften erheben, nicht eine verzeihliche Neugierigkeit mit gewissen Wünschen deutscher Unternehmerverbände? Wo ist in ganz Deutschland ein einziger sozialdemokratischer Gemeindegewerkschaft, der je gewagt hat, solche Unternehmerrassensuren zu vertreten?

Von Interesse ist auch eine Forderung des Kongresses, die der Einführung eines sehr weitreichenden Lohnklassensystems für die Gemeindegewerkschaften das Wort redet. Nicht weniger als zehn Lohnklassen sollen geschaffen werden, dabei müsse, so heißt es in dem Bericht wörtlich, eine „Proportion der niedrigsten zur höchsten Klasse im Verhältnis von 1:4 erstrebt werden“.

Gegen die Beschäftigung mit rein wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Verbandeinstanz soll nach einem weiteren Beschluß des Kongresses in gesteigertem Maße angeklämpft werden. Es sei ganz unzulässig, daß der Verband, wie es vorgekommen sei, wirtschaftliche Funktionen übernehme und sich sogar dazu versteige, den Betriebsleitern vorzuschreiben, einzelne Arbeiter aus den Betrieben zu entfernen. Ueberhaupt müßten bei Fassung von Beschlüssen die wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der Betriebe mehr berücksichtigt werden.

Seit Jahren sind in Deutschland die Gewerkschaften eifrig bestrebt, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft zu fördern, den „konstitutionellen“ Betrieb zu schaffen, aber „im einigsten Arbeiterstaat der Welt“, um einmal im Jargon der „Roten Fahne“ zu reden, gehen große Gewerkschaften dazu über, dieses Recht nicht nur zu schmälern, sondern gänzlich zu beseitigen! Besser als alle Rußlandsdelegationen, besser als alle kommunistische Zeitungsartikel über Rußland, zeigt dieses offiziöse Communiqué der Leitung des russischen Gemeindegewerkschaftenverbandes, wie sehr auch in Rußland mit Wasser gekocht wird und wie wenig Ursache gerade die deutschen Kommunisten haben, uns in ihren Agitationsreden immer wieder Rußland als Vorbild hinzustellen. P. T.

Schiedspruch im niederschlesischen Bergbau.

Lohnerhöhung von 6 bis 14 Prozent.

Für das niederschlesische Berggebiet war am Donnerstag voriger Woche ein Schiedspruch gefällt worden, der für die Bergarbeiter eine Erhöhung der Löhne von 6 bis 14 Proz. vorsieht. Eine Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte der Bergarbeiterverbände des Waldenburger und Neuroder Kohlenreviers, wie auch die christlichen Bergarbeiterverbände hatten den Schiedspruch mit großer Mehrheit abgelehnt, da er ihren Forderungen nicht weit genug entgegenkam. Die Bergbauunternehmer hatten den Schiedspruch angenommen und in Be-

wertung seiner Ablehnung durch die Bergarbeiter die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Das Reichsarbeitsministerium hat am Sonnabend, fast zur gleichen Zeit, als die Ablehnung von den Bergarbeitern beschloffen wurde, den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Unerträgliche Schiedsprüche.

Auch für die Textilarbeiter Ostfachsens Neunstundentag.

Dresden, 7. Februar. (Ill.) Der Schlichter für Sachsen hat den Schiedspruch des Dresdener Schlichtungsausschusses für die ostfachsische Textilindustrie, der die Arbeitszeit auf 53 Stunden wöchentlich festsetzte, für verbindlich erklärt. Die Arbeitnehmer hatten ihn beifällig abgelehnt, die Arbeitgeber angenommen.

Dieser Schiedspruch ist, wie der für Mittel- und Westfachsens, von dem Schlichter für Sachsen gefällt worden. Dieser Schlichter heißt Brand und ist nach unseren Informationen noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Es ist uns einfach unverständlich, daß jemand, der glaubt, Sozialdemokrat zu sein, heute der Arbeiterschaft eine Arbeitszeit von täglich neun Stunden diktieren und, was das Schlimmste ist, durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches es der Arbeiterschaft unmöglich macht, sich gegen diesen Raub des Achtstundentags zur Wehr zu setzen.

Denn ohne den Rückhalt der Gewerkschaften ist den Arbeitern ein wirksamer Widerstand gegen die Unternehmer nicht möglich. Da die Gewerkschaften nach der geltenden Rechtsprechung haltbar gemacht werden für die Schäden, die bei einer Arbeitsniederlegung den Unternehmern erwachsen, wenn diese Arbeitsniederlegung nach einem für verbindlich erklärten Schiedspruch von den Gewerkschaften angeordnet oder unterstützt wird, ist den Gewerkschaften praktisch die Finanzierung eines Streiks nach der Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches unmöglich gemacht.

Das alles weiß der Schlichter für Sachsen selbstverständlich ganz genau. Er weiß also, daß er den Arbeitern nicht nur den Achtstundentag raubt, wenn er einen Schiedspruch fällt und für verbindlich erklärt, der die neunstündige Arbeitszeit festsetzt, der Schlichter weiß auch, daß er mit einer solchen Verbindlichkeitsklärung den Arbeitern die Möglichkeit nimmt, auf gewerkschaftlichem Wege den Achtstundentag zu erkämpfen. In dem Schiedspruch für Westfachsens heißt es:

„Die Arbeitnehmer sind zur Erzielung von Produktionssteigerung und -verbilligung verpflichtet, an den Tagen Montag bis einschließlich Freitag täglich eine Stunde Mehrarbeit, mit einem Zuschlag von 5 Proz. auf den Grundlohn, zu leisten.“

Wie so hinterwäldlerische wirtschaftliche Anschauungen vertritt, wie sie hier niedergelegt sind, wer heute noch der Ansicht ist, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit gleichbedeutend mit der Verbilligung der Produktion ist, der kann sich nicht einmal in aufgedrängten Unternehmerräumen sehen lassen, geschweige denn für sich das Recht in Anspruch nehmen, Sozialdemokrat zu sein.

Die Gewerkschaften wie die Sozialdemokratische Partei sind jedenfalls entschlossen, dem Wahnsinn, daß Ueberstunden geleistet werden, während gleichzeitig 2½ Millionen Arbeitslose vergebens nach Beschäftigung ausschauen, ein Ende zu machen. Sie sind weiter entschlossen, sich nicht nur mit aller Kraft für die Durchführung eines Kongresses zur Wiederherstellung des Achtstundentages einzusetzen, sondern darüber hinaus nicht zu dulden, daß der Arbeiterschaft die Möglichkeiten verkrüppelt werden, den Achtstundentag zu erkämpfen. Wer hier nicht mit uns ist, der ist gegen uns.

Reichskonferenz für Binnenschifffahrt.

Die Forderungen der Maschinisten und Heizer.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands hatte zum 6. Februar 1927 eine Reichsbinnenschifffahrtskonferenz nach Magdeburg, Altstädter Bürgerläde, einberufen.

Das Hauptreferat hatte der Kollege Balleng, Berlin, übernommen, der ausführlich auf die Wirtschafts- und Tariffragen der Binnenschifffahrt einging. Redner nahm Stellung zu dem Bau von künstlichen Wasserstraßen. Vom Arbeitnehmerstandpunkt aus gesehen könne man nicht vorbehaltlos jedem Bau einer künstlichen Wasserstraße zustimmen. Welche Umstände bei solchen Entscheidungen mitzuspüren, schildert der Referent an dem Beispiel der Projektierung des oberen Hansakanals, der eine Verbindung des Ruhrgebietes über Bremen mit Hamburg und Lübeck herstellen soll. Der Redner sprach sich gegen den Bau dieses Kanals aus, um dann auf den Kampf der Eisenbahn und Binnenschifffahrt einzugehen. Dabei betonte er, daß die Arbeitnehmer solange nicht für eine Gruppe Partei ergreifen könnten, solange sie nicht selber versteht, den Konkurrenzkampf in ihren eigenen Reihen auszumergen.

Scharfer Protest wurde dann dagegen erhoben, daß in letzter Zeit wiederholt Beschwerden der Kollegen einlaufen, die über allzu schlechte Kohlenbelieferung klagen. Während man im allgemeinen in einer 48stündigen Woche einmal bzw. zweimal die Feuerreinigung vornimmt, wiederholen sich die Fälle, wo während einer 48stündigen Woche 4-6 mal das Feuer gereinigt werden muß. Das bedeutet, daß für das Bedienungspersonal geradezu skandalöse Zustände auf diesen Schiffen vorbanden sind.

Breiteren Raum nahmen dann auch die alten Forderungen der Maschinisten und Heizer ein, die dahingehen, endlich den Beschäftigungsnachweis für Maschinisten auf den Stromläufen einzuführen. Nachdem der Referent auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der verschiedensten Stromläufe eingegangen war, schloß er sein beifällig aufgenommenes Referat.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen. Ganz besonders wurde Beschwerde über die mangelhafte Durchführung der Polizeivorschriften erhoben und den in Frage kommenden Behörden größte Fahrlässigkeit nachgewiesen. Ist es doch in letzter Zeit wiederholt vorge-

kommen, daß bei den Schlepptampfern der Seehafenstädte die automatische Ruppelung fehlerhaft und dadurch viel Menschenleben geopfert werden mußten. Nachfolgende Resolution, die auf diese Frage abgestellt ist, fand einstimmige Annahme:

„Die am 6. Februar 1927 in Magdeburg tagende Konferenz der Maschinisten und Heizer der Binnenschifffahrt nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den in Bremerhaven am 3. Februar 1927 erfolgten Unglücksfällen des Schlepptampfers „Sirius“ und spricht den Hinterbliebenen der tödlich verunglückten Besatzungsangehörigen ihre tiefempfundene Teilnahme aus. Sie beauftragt den Zentralverband, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die bestehenden Polizeivorschriften innegehalten werden, um solche Unglücksfälle, die bereits der dritte im Laufe eines Jahres ist, für die Zukunft auszuschalten.“

Im Schlußwort ging der Referent auf alle vorgebrachten Beschwerden ein. Die von ihm vorgelegte Entschließung fand einstimmige Annahme.

Die Reichsbinnenschifffahrtskonferenz des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer hat zu den Tarif- und Wirtschaftsfragen Stellung genommen.

Sie fordert bei der Schaffung der Polizeivorschriften für die Stromläufe die Einbeziehung des Beschäftigungsnachweises für Maschinisten. Mit verhärtetem Nachdruck wird das Betriebsratsgesetz für die Schifffahrt verlangt und an das Arbeitsministerium das Ersuchen gestellt, jetzt endlich in dieser Richtung Vorschläge zu machen. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, auch Gutachten darüber anzufordern.

Wir erheben Protest gegen die Belieferung der Binnenschifffahrt mit schlechten Kohlen. Die Reichskonferenz fordert von den Behörden die Einsetzung einer Kommission, die die Ueberprüfung der Belieferung vornimmt. Sie nimmt scharfe Stellung gegen jede übermäßige Ueberstundenleistung und erwartet von allen Kollegen die strikte Innehaltung des Tarifvertrages.

Mit Entrüstung nehmen wir davon Kenntnis, daß wiederum bei der Schaffung des Arbeitszeitgesetzes für die Schifffahrt eine Ausnahme gemacht werden soll. Auch hier fordern wir Einbeziehung der Schifffahrt und somit Gleichstellung mit allen übrigen Arbeitnehmern des Deutschen Reiches. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, die aufgestellten Forderungen den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten und für ihre Durchführung Sorge zu tragen.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maschinisten und Heizer fand die von allen Stromläufen besuchte Konferenz ihren Abschluß.

Schiedspruch für rheinisch-westfälische Transportarbeiter

Dortmund, 8. Februar. (Ill.) In den Tarifstreitigkeiten des Transportgewerbes in Rheinland und Westfalen wurde gestern ein Schiedspruch gefällt, nach dem das Lohnabkommen vom 28. Mai 1926 vom 1. Februar 1927 ab wieder in Kraft tritt mit der Maßgabe, daß der tarifliche Schiedslohn vom 15. Februar ab um 2 M. von 34 auf 36 M. erhöht wird. Die übrigen Sätze erhöhen sich im gleichen Verhältnis.

Ein Arbeitsgesetz in der Türkei.

In ihrer jetzigen Sitzung wird die Nationalversammlung in Ankara sich mit drei wichtigen Gesetzen zu beschäftigen, nämlich dem Industrieförderungsgesetz, dem Industrieforschungsgesetz und dem neuen Arbeitsgesetz.

Ein Arbeitsgesetz ist für die Türkei eine vollständige Neuerung. Bisher bezog die Türkei fast alle Fabrikate aus Europa und hatte folglich keine Industriebeschäftigung. Durch die jetzigen Bestrebungen, eine eigene Industrie ins Leben zu rufen und infolge der Gründung zahlreicher Fabriken findet man es nötig, der Arbeiterfrage größere Aufmerksamkeit zu widmen. Das neue Arbeitsgesetz soll die Regelung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiterschaft und die Sicherung einer reibungslosen Zusammenarbeit bezwecken.

Aus der Partei.

Die Exekutive der Internationale tritt am 12. Februar in Paris im Gebäude der Société des Ingénieurs Civils zusammen. Den Vorsitz wird Arthur Henderson führen. Nach den bisherigen Anmeldungen ist eine sehr zahlreiche Beteiligung zu erwarten. Im Vordergrund der Beratungen stehen die weltpolitischen Fragen, besonders die Kriegsgefahren in China, Nordamerika und auf dem Balkan. Außerdem liegt der Tagung eine Reihe von Problemen politischer und organisatorischer Natur vor, darunter die Beschäftigung über das Internationale Sozialistische Frauenkomitee. Am 11. Februar tagt im Sekretariat der Sozialistischen Partei Frankreichs das Bureau der S.F.I., um sich mit der Vorbereitung der Tagung der Exekutive und einer Reihe von Angelegenheiten der internen Geschäftsführung der S.F.I. zu befassen.

Sport.

Borkämpfe im Friedrichshain.

Vor gut besuchtem Hause veranstaltete der F. B. Maccabi im Saalbau Friedrichshain einen Borkampfabend. Im Einleitungs-jugendtreffen schlug Rochas (M.) Streichbahn (Westen) nach Punkten. Im Bestergeicht kam Weistinn (M.) zu einem Punktsieg über Bolze (Astoria); ebenso siegte Fuchs (M.) knapp aber verdient über Boer (Halle). Einen interessanten Kampf gab es im Halbschwergewicht, den Preiß (M.) über Klue (Magdeburg) für sich nach Punkten entschied. Friedrichshain (M.) und Franke (Tennis-B.) trennten sich unentschieden. Franke war etwas besser. Maß (M.), der wieder unrein bogte, schlug Koch (Sparta) nach Punkten. Samuel (M.) und Winter (Cimbria) war keine sehr glückliche gewählte Paarung. Winter hielt von Anfang an die Führung und siegte glatt nach Punkten.

Verantwortlich für Politik: Walter Schiff; Wirtschaft: G. Klingenscher; Gemeindefortschritt: R. E. Sporn; Freizeitsport: Dr. John Schickowski; Redakteur und Schriftführer: Fritz Kerschke; Anzeigen: H. Bled; Ähnlich in Berlin. Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 8.

Wie ich die neue Heilmethode der Magen-, Darmgeschwüre fand.

Von F. Kozl, Leiter des Heilmittelwerks „Atis“.

Das war ein glücklicher Tag meines Lebens, jener 19. August 1926. Da kam Frau U. aus R., geliebt von ihrem Mann und ihrer Schwelger, klagte über heftige Schmerzen im Magen und über häufiges Erbrechen nach dem Essen, so daß sie schon öfters entkürzt war. Da der Arzt gerade verreist war, da ich sie in diesen Tagen wiederzufinden, da ich ohne genau spezialis-

irische Untersuchung und Durchleuchtung die Verantwortung für diesen offenbar sehr schweren Fall nicht übernehmen konnte. Die Patientin hat und sieht aber so lange, ich solle sie doch behandeln, daß ich unter Ablehnung der Verantwortung, um sie zu beruhigen, ihr zur Schmerzlinderung eine kombinierte Behandlung verabfolgte, die zwar an sich keinen Schaden anrichten konnte, über deren Erfolg ich jedoch sehr strept ich war. Ich probierte noch nicht an den Kranken herum, aber diese einzige Ausnahme, die ich wider Willen machte, sollte einen ungeheuren Erfolg haben. Denn zu meinem Erstaunen kam die Frau U. am nächsten Tage allein und erklärte mir glücklich, daß die Schmerzen beinahe gänzlich seien und das Erbrechen nachgelassen habe. Ich gab ihr darauf noch drei weitere Behandlungen, nach denen sie sich völlig schmerz-

frei fühlte. Nun gelang es mir, was sie vorher vergeblich durchdrachten lassen und man hatte ein Magen- und Darmgeschwür gefunden, worauf ich die sofortige Ueberführung in das Krankenhaus zur Operation angeordnet hatte. Statt dessen am sie zu mir unter Verabreichung dieses Borkampfers, sonst hätte ich sie niemals in Behandlung genommen, und die neue Heilmethode wäre vielleicht noch nicht gefunden worden. Ich landete die Patientin wieder zu ihrem Arzt, der hatte aber nur die Worte: „Das Resultat fällt in sein Dammrecht.“ Nach fünf weiteren Behandlungen konnte Frau U. alles essen und war nach 15 Behandlungen geheilt. Von dieser Zeit hatte Frau U. Sch. gelitten. Die jahrelange Magen- und Darmgeschwüre litt. Sie hatte aber einen vernünftigen Hausarzt, der konsequent mit

Diet um, behandelte. Aber dieser jahrelangen Diet war Frau U. schon überdrüssig. Sie sehnste sich danach, einmal unversehrt zu essen und zu schlafen zu können, und siehe da, nach fünf Behandlungen konnte sie dies tun und war auch nach 15 Behandlungen vollständig geheilt. Seitdem konnte ich die Wirkungsweise der Heilmethode in überaus zahlreichen Fällen feststellen, die ähnlich konzentriert wurden, und bin überzeugt, daß jedes Magen- und Darmgeschwür innerhalb vier Wochen geheilt werden kann. Natürlich ist es anzunehmen, daß die Behandlung genau zeitlich zu erfolgen und durchzuführen zu lassen, was im Heilmittelwerk „Atis“ (nur Best.-Kataloge - 2 Bände) von 10-1 und 1-7, Sommerlands 10-1, Geigenstraße 10. Die Untersuchung und Behandlung ist schmerzlos und gefahrlos. Die Preise sind bardans möglich.

Bleyle's
Strickkleidung für Herbst und Winter.
Westen für Herren, Damen, Kinder.
Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknopfschößen.
Sweater für Knaben und Mädchen.
Häutenröcke, Reformhosen u. Schlüpfer.
Original-Listen-Preise. - Katalog gratis.
August Berg, Uhlandsstraße 167
Spezialgeschäft für Wolllwaren.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
1 Ring 920 gest. (Bokalgold) 7 gr. schwer M. 26.50
1 - 585 - 5 - 14.00
1 - 333 - 4 - 7.00
Ständig ca. 5000 Stück auf Lager
Gravieren gratis, zum Mitnehmen
Hermann Wiese, Berlin
R. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12

100 MARK
Gulltunes-Rab. u. Reklamemarken
egen Nachahmung gesetzl. esch.
ortigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schleuditz - Leipzig

Albert Springare
Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet
Auto-Reparatur-Werkstatt
Fernspr. Norden 1776 u. Alexander 437
Lohringer Str. 107, Ecke Linden-
straße 14, am Prenzlauer Tor

Konkurrenzlos!!!
Metallbetten mit Polsterungslagen . . . 10.50 an
Sofa . . . 24.-
Schlief- und Schlafsofas . . . 24.-
Chaiselongue-Reduz. . . 7.-
Wandbänke . . . 3.-
Patentmatratzen . . . 0.-
Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.